

**Exhibitionist auf dem Bolzplatz**

■ Bielefeld-Schildesche. Ein Unbekannter hatsich am vergangenen Samstagmorgens gegen 17.30 Uhr vor Kindern auf dem Fußballplatz an der Stapelriede in Scham verletzender Weise gezeigt. Wie die Polizei gestern mitteilte, hatte der Mann die Kinder zunächst einige Zeit beobachtet, bevor er sich die Hose herunter zog und an sich manipulierte. Die Kinder beschimpften den Mann und liefen weg. Der Mann wird als 25 bis 30 Jahre alt, mittelgroß und schlank beschrieben. Er soll schwarze Haare und sehr helle Haut gehabt sowie einen Bart getragen haben. Bekleidet war er mit einer hellen Jogginghose, einem roten Pullover und einem roten Käppi. Hinweise unter ☎ (0521) 54.50.

**Grüne: Chance für Betriebshofvertan**

■ Bielefeld. Dass der Betriebshof der Westfalenbahn in Rheine angesiedelt wird, stößt bei den Grünen auf Kritik. Der unterlegene Standort Containerbahnhof hätte Investitionen und Arbeitsplätze für Bielefeld gebracht, so Inge Schulze, Sprecherin der Grünen im Rat und Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerte-Verkehrsbetriebe MoBi, die Gesellschafter der Westfalenbahn sind. „Damit wurde eine Chance für Bielefeld vertan.“ Nach Ansicht Schulzes wäre es sicher gelungen, den Betriebshof nach Bielefeld zu holen, wenn „alle an einem Strang gezogen“ hätten. Bundesdeutscher Gregor Moss habe aber der Nutzung des Bahngeländes an der Eckendorfer Straße als Containerbahnhof oberste Priorität beimessen.

**Gewerkschafterin der ersten Stunde**

■ Bielefeld. Die IG Metall Bielefeld erinnert jetzt an eine Gewerkschafterin der ersten Stunde, die mit Werner Bock und Hans Böckler die Nachkriegsgewerkschaften beeinflusste: Liesel Kipp-Kaule. Sie wurde am 13. Februar vor 100 Jahren geboren. Kipp-Kaule lernte Schneiderin und schloss sich dem damaligen Bekleidungsarbeiterverband an. Bis 1933 war sie Betriebsratsvorsitzende und arbeitete in der Firma Seidensticker. Während der Nazizeit musste sie zeitweise untertauchen. Nach 1945 war sie Mitbegründerin der Bielefelder Gewerkschaftsbewegung. Von Anfang



Wäre jetzt 100 geworden: Liesel Kipp-Kaule.

an gehörte sie den Spitzenreihen der Gewerkschaft Textil-Bekleidung an, zugleich war sie von 1949 bis 1965 Bundestagsabgeordnete der SPD. Kipp-Kaule setzte sich unter anderem für das Akkordverbot von schwangeren Frauen ein. 1975 bekam sie das Bundesverdienstkreuz. 1992 starb Liesel Kipp-Kaule im Alter von 82 Jahren.

**Krimis schreiben lernen bei der VHS**

■ Bielefeld. Wer seine Krimileidenschaft auch auf das Schreiben ausdehnen will, der kann im VHS-Kursus, der am Montag, den 20. Februar, um 18.15 Uhr beginnt, das Handwerkszeug dazu bekommen. Jürgen Siegmann, Krimiautor, wird zeigen, wie man Spannung erzeugt und falsche Fährten legt, wie Figuren und Dialoge entwickelt werden und wie man einen Plot schafft. Anmeldung unter ☎ 51 22 22.



Plattmachen: Es gibt immer weniger Obdachlose, aber die Zahl derer, die draussen schläft, steigt – im Sommer wie im Winter.

FOTO: DDF

**Tod im Gartenhäuschen**

DAS INTERVIEW: Werena Rosenke, Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe

■ Bielefeld. Neun Obdachlose starben in diesem Winter. Neun zu viel, sagt Werena Rosenke von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, die ihren Sitz in Bethel hat. In Bielefeld liegt der letzte Tote Jahresthote zurück. Das hat Gründe. NW-Redakteur Kurt Ehme sprach mit Rosenke über das Bielefelder Modell sowie über obdachlos und soziale Kälte.

Die kältesten Wochen des Winters liegen wohl hinter uns – Zeit für ein Fazit.

WERENA ROSENKE: Bundesweit starben mindestens neun Menschen, einer in Ostwestfalen-Lippe, bei Minder. Leider gibt es keine Polizeistatistik dazu, wir werten Presseberichte aus – danach sind es neun Tote. In Bielefeld kann ich mich nicht an den letzten Fall erinnern – und das ist kein Zufall: Hier gibt es eine sehr gute Infrastruktur.

Was gehört dazu?  
ROSENKE: Was wir seit langem fordern, Wohnung statt Obdach – ist und wird hier umgesetzt.

Zum Beispiel?  
ROSENKE: Massenunterkünfte werden abgebaut, die Menschen werden an feste Wohnsitze herangeführt, es gibt gute niederschwellige Angebote. Die Kommunen kooperiert sehr gut mit den freien Trägern und mit der Wohnungsbaugesellschaft BGW. Das Interesse, die Situation zu verbessern, ist hier groß.

Warum reicht es nicht aus, wohnungslosen Menschen einen warmen Platz in großen Gemeinschaftsunterkünften anzubieten?

ROSENKE: Ihnen fehlt dort ein Mindestmaß an Privatsphäre und nicht wenige fühlen sich dort unwohl, dass sie lieber draußen schlafen. Das Konfliktpotential in einer solchen Unterkunft ist groß, da treffen ja auf engem Raum Menschen aufeinander, die ein großes Bündel an Problemen mit sich be-

rumtschleppen. Frauen gehen fast nie in Unterkünfte, das ist für sie kaum auszuhalten. Und oft ist der einzige echte Freund eines Obdachlosen sein Hund – und genau den darf er nicht mit in die Unterkunft hinein nehmen; solche Leute bleiben ebenfalls lieber draußen.

In Bielefeld wird das Konzept „Besser ist Wohnen“ umgesetzt – seit 1993 wird von den damals 15 Unterkünften eine nach der anderen geschlossen, bis 2009 sollen es

Tagesaufenthalte gibt und Streetwork eingesetzt werden.

Sie nennen das „aufsuchende Arbeit“...

ROSENKE: ... ja, und in diesem Bereich darf man nicht sparen. Es gibt so genannte Streetworker, die zu den Obdachlosen gehen, die wissen, wo sich diese Menschen aufhalten. Einige Städte haben Kältebusse eingerichtet, die zu den Obdachlosen fahren – so wurden schon so mancher vor dem Erfrieren gerettet.

den unterzukommen. Sie schlafen so gut wie nie draußen oder in Unterkünften. Sie wohnen irgendetwas mit – der Preis ist oft sexuelle Verfügbarkeit.

In Bielefeld soll es ab 2009 nur noch drei Unterkünfte geben – eine davon als reine Frauenunterkunft, eine für Familien.  
ROSENKE: Das ist sehr sinnvoll – für eine kurzfristige Unterbringung. Niemand sollte aber für Jahre in solche Unterkünfte abgeschoben werden.

**Werena Rosenke**

■ Seit 1992 arbeitet Werena Rosenke bei der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Wohnungslosenhilfe. Diese hat ihren Sitz in Bethel im Haus Dankort am Quellenhofweg. Rosenke ist seit 2003 stellvertretende Geschäftsführerin. Die 48-Jährige hat Germanistik, Politologie und Publizistik auf Magister studiert – in dem seit 1954 bestehenden Verein ist sie für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig.  
In der Wohnungslosenhilfe

engagiert sie sich nicht aufgrund persönlicher Bezug zu dem Thema, sondern „weil es für mich immer absolut notwendig ist, das ich in meiner Arbeit einen Sinn erkennen kann“. Sie wolle dazu beitragen, „schwierige Dinge bekannt zu machen und dafür zu werben, sie voranzubringen“.  
Die BAG Wohnungslosenhilfe hat eine große Nähe zu Bethel, ist aber eigenständig. Sie leistet Verbands- und Lobbyarbeit.



Werena Rosenke. FOTO: A. ZOEHL

noch drei sein. Die Obdachlosenzahlen gingen von 1.424 auf 350 zurück. Was steckt hinter der Idee?

ROSENKE: Die Bielefelder Wohnungsbau-Gesellschaft BGW bietet günstigen Wohnraum an, Sozialarbeiter helfen den Menschen, sich wieder an geordnetes Wohnen zu gewöhnen.

Zurück zur Winterproblematik: In Brüssel gibt es Kältepläne, in Berlin und Frankfurt werden ab bestimmten Temperaturen U-Bahnen geöffnet – Ideen, die auch in Bielefeld sinnvoll wären?

ROSENKE: Grundsätzlich ist so etwas immer sinnvoll, ob in Bielefeld, kann ich nicht sagen – hier läuft es ja schon sehr gut. Wichtig ist auf jeden Fall, dass es

Wenn Menschen erfrieren, ist es dann fast immer auf der klassischen Parkbank?

ROSENKE: Nein, die wenigsten erfrieren auf der Parkbank. Sie sterben in Biwaks, die sie sich im Wald gebaut haben, in leer stehenden Gartenhäuschen, in Abbruchhäusern – also dort, wo sie das Gefühl einer scheinbaren Sicherheit haben.

Trotz sinkender Obdachlosenzahlen steigt die Zahl derer, die Plätze machen, also draußen schlafen. Wieso?

ROSENKE: Dafür haben wir keine Erklärung. Vielleicht trägt die konstant hohe Sockelwohnungslosigkeit bei den so genannten Langzeitwohnungslosen dazu bei – meist Männer über 50, die fast keine Chance mehr haben, da noch rauszukommen und oft schlechte Erfahrungen mit Hilfsdiensten gemacht haben...

... und deshalb vermehrt draußen schlafen...  
ROSENKE: ... vielleicht ist das so, kann sein.

Wirkt sich Hartz IV aus?  
ROSENKE: Ja, die Menschen werden in preiswerten Wohnraum gedrängt, gibt es den nicht ausreichend, droht Wohnungslosigkeit.

Machen mehr Männer als Frauen Plätze?  
ROSENKE: Es sind fast nur Männer. Für Frauen ist das noch gefährlicher, sie versuchen fast immer bei vermeintlichen Freun-

Sie sind eine schlechte Adresse...  
ROSENKE: ... im wahren Sinne des Wortes – wer da länger wohnt, wird schon allein aufgrund seiner Adresse diskriminiert.

Zur realen Kälte kommt die soziale Kälte, die Obdachlosen entgegen schlägt – nimmt diese an?

ROSENKE: Wir glauben, dass sie annimmt. Die Bevölkerung reagiert verständlicherweise früher bei Obdachlosigkeit. Das haben wir gerade erst unsere Fachausschüsse bestätigt. Sogar wir, „Selbst schuld“, das hören die Obdachlosen kaum noch, es gibt mehr Unterstützung als früher. So haben diesen Winter mehrfach Menschen die Polizei darüber informiert, dass Obdachlose am Erfrieren seien – und so Menschenleben gerettet. Auch erfahren Einrichtungen, die sich um diese Menschen kümmern, viel öffentlichen Zuspruch. Eine Langzeitforschung an der Uni Bielefeld kommt mit hingegen zu gegenteiligen Ergebnissen.

Gibt es Erklärungen für die Wahrnehmung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe?  
ROSENKE: Jetzt, wo viele Bürger erleben, dass der soziale Abstieg sehr schnell erfolgen kann, heißt es nicht mehr mal so eben: „Wer will, kann sein Leben verändernd gestalten.“ Allerdings sehen Jüngere das oft anders: Sie misshandeln Obdachlose zunehmend häufiger, sehen und bezeichnen sie als den letzten Drecks. Es wurden schon Obdachlose zu Tode getrieben.

**Briefe an die Lokalredaktion**

**„Keine Rechtfertigung für soziale Ferkeleien“**

Aufregung im Rathaus um Lohnkürzung“, titelte die NW am 28. Januar und berichtete über das Vorhaben der Stadt, Mitarbeiter für einen Monat und einen Tag zu kündigen und sie hernach zu anderen Bezügen wieder einzustellen. Dazu erreichten uns mehrere Leserbriefe – unter anderem auch von Rechtsanwältin Armin Döring:

Mit Entsetzen habe ich am Samstag den Artikel gelesen, dass rund 300 mit Zeitverträgen bei der Stadt Bielefeld Beschäftigten die Arbeitslosigkeit droht, wenn auch nur für einen Monat und einen Tag. Das wiederum bedeutet für die Betroffenen: Nach dieser „Auszeit“ könnten sie wieder eingestellt werden, allerdings zu geringeren Bezügen und unter Wegfall tarifvertraglicher erworbener Bezüge. Damit will der OB David jährlich 130.000 Euro einsparen. Es ist eine Unverschämtheit. Wieso wird mal wieder an falscher Stelle gespart? Warum geht das wieder auf die Kappe von den „kleinen Leuten“? Ein Bekannter ist nun von dieser Situation betroffen und feierte an diesem Wochenende seinen Geburtstag. Dankeschön, Herr David, für so ein tolles Geburtstagsgeschenk. Sandra Haubrock 32139 Spenge

Dieses trifft vor allem im Heim- und Kindergartenbereich diejenigen Beschäftigten, die teilweise seit Jahren mit Befristungen und Versprechungen auf Festanstellungen hingehalten werden. Trotzdem leisten sie ihre Arbeit engagiert für ihre Klientel und nehmen erhebliche persönliche Belastungen, wie zum Beispiel unregelmäßige Dienstzeiten, auf sich. Neben allen anderen Einschränkungen sollen sie nun also auch noch den Haushalt der Stadt Bielefeld sanieren. Teilweise bedeutet dies den Verlust von bis zu einem Drittel des Nettogehaltes und damit den Verlust finanzieller Planungssicherheit für sich und ihre Familien. Rechtlich kann das Vorhaben nur als zweifelhafte bezweckelt werden. In perfider Weise werden Menschen getötet, die angesichts der hohen Arbeitslosigkeit gerichtliche Hilfe kaum in Anspruch nehmen werden, wenn sie auf eine Wiedereinstellung angewiesen sind. Schlimmer kann man Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht vor den Kopf stoßen und demotivieren, als sie in Ohnmacht zu stürzen. Die damit verbundene Aushöhlung des Rechtsstaatsprinzips ist darüber hinaus gerade eines öffentlichen Arbeitgebers unwürdig. 130.000 Euro eingespart, Personalkosten verspricht sich der Kämmerer davon. Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Personalpolitische Dummeit – anders kann es aus Sicht eines Managers nicht bezeichnet werden – muss jeder Arbeitgeber teuer bezahlen. Es ist eine Binsenweisheit des Personalmanagements, dass die Demotivation des Personals mit erhöhten Krankenständen und daraus resultierenden Überstunden bezahlt werden muss. Den betroffenen Arbeit-

nehmerinnen und Arbeitnehmern kann nur dringend die Suchenach Beschäftigungsalternativen angeraten werden. Einarbeitung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kostet effektiv viel Geld. Zudem sind im Heimbereich Mehrkosten durch längere Aufenthalte der Kinder und Jugendlichen zu erwarten, weil von zweitklassig behandelten Betreuungspersonen keine erstklassige Arbeit mehr erwartet werden kann. Auf diese Weise weist sich die verlockende Aussicht auf Personalkosteneinsparung schnell als Milchmädchenrechnung. Die Fürsorgepflicht der Arbeitgeberin Stadt Bielefeld soll in rechtlich zweifelhafte Weise untergraben werden.  
Armin Döring 33615 Bielefeld

Notwendige Haushaltskonsolidierung darf keine Rechtfertigung für soziale Ferkeleien werden. Genau dies stellt aber die Absicht der Stadt dar, der schwächsten Beschäftigungsgruppe Arbeitslosigkeit zuzumuten, um ihre soziale Stellung weiter zu verschlechtern. Beschäftigte mit Zeitvertrag sind durch bursttag Dankeschön, Herr David, für so ein tolles Geburtstagsgeschenk. Sandra Haubrock 32139 Spenge

Dieses trifft vor allem im Heim- und Kindergartenbereich diejenigen Beschäftigten, die teilweise seit Jahren mit Befristungen und Versprechungen auf Festanstellungen hingehalten werden. Trotzdem leisten sie ihre Arbeit engagiert für ihre Klientel und nehmen erhebliche persönliche Belastungen, wie zum Beispiel unregelmäßige Dienstzeiten, auf sich. Neben allen anderen Einschränkungen sollen sie nun also auch noch den Haushalt der Stadt Bielefeld sanieren. Teilweise bedeutet dies den Verlust von bis zu einem Drittel des Nettogehaltes und damit den Verlust finanzieller Planungssicherheit für sich und ihre Familien. Rechtlich kann das Vorhaben nur als zweifelhafte bezweckelt werden. In perfider Weise werden Menschen getötet, die angesichts der hohen Arbeitslosigkeit gerichtliche Hilfe kaum in Anspruch nehmen werden, wenn sie auf eine Wiedereinstellung angewiesen sind. Schlimmer kann man Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht vor den Kopf stoßen und demotivieren, als sie in Ohnmacht zu stürzen. Die damit verbundene Aushöhlung des Rechtsstaatsprinzips ist darüber hinaus gerade eines öffentlichen Arbeitgebers unwürdig. 130.000 Euro eingespart, Personalkosten verspricht sich der Kämmerer davon. Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Personalpolitische Dummeit – anders kann es aus Sicht eines Managers nicht bezeichnet werden – muss jeder Arbeitgeber teuer bezahlen. Es ist eine Binsenweisheit des Personalmanagements, dass die Demotivation des Personals mit erhöhten Krankenständen und daraus resultierenden Überstunden bezahlt werden muss. Den betroffenen Arbeit-

Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich einsehende Kürzungen vor. Fassen Sie sich bitte kurz. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt. Falls Sie per E-Mail schreiben, geben Sie bitte Ihre Adresse und Telefonnummer mit an. So können wir überprüfen, ob der Leserbrief wirklich von Ihnen stammt.

**Einem Teil unserer heutigen Ausgabe (ohne Postbezieher) liegt folgender Prospekt bei:**

Unsere Kunden belegen oftmals nur Teilabgaben für ihre Prospekte. Daher kann es vorkommen, dass Sie heute den nebenstehenden Prospekt nicht vorfinden. Weitere Fragen beantworten wir Ihnen gerne!

☎ (05 21) 5 55-6 26 oder Fax (05 21) 5 55-6 31

Zurbrüggen